

# Stellungnahme des ADAWIS zum Positionspapier des Wissenschaftsrates Drs. 8834-21

---

Das Positionspapier des Wissenschaftsrats „Impulse aus der COVID-19-Krise für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“ benennt eine Vielzahl von Problemen, die anlässlich der Corona-Pandemie im deutschen Wissenschaftssystem sichtbar wurden, und gibt Handlungsempfehlungen zu deren Behebung. Diese Herausforderungen betreffen größtenteils die verschiedenen Aspekte der Kommunikation zwischen Wissenschaft auf der einen Seite und Politik, Medien, Wirtschaft, Verwaltung sowie Öffentlichkeit auf der anderen Seite, wo die Krise allfällige, bereits vorher bestehende Defizite noch zugespitzter zutage treten ließ.

Das Positionspapier des WR macht zu Recht auf die große Bedeutung aufmerksam, die die Kommunikation über in der Wissenschaft produziertes Wissen mit den Bereichen der Wirtschaft, der Politik, der Verwaltung und der Medien sowie mit der gesamten Gesellschaft hat. Der WR weist zutreffend darauf hin, dass diese gesellschaftlichen Bereiche jeweils eigenen Logiken und Zielen folgen, die sich untereinander und von denen der Wissenschaft wesentlich unterscheiden. Daher sind die Formen dieses Austausches sowohl von der Motivation und Zielsetzung als auch von der Methodik her wesentlich verschieden vom innerwissenschaftlichen Diskurs, der bekanntlich vom methodischen Zweifel geleitet wird und die Beantwortung seiner Fragestellungen nicht von Mehrheitsentscheidungen abhängig machen darf. Insbesondere geht es auch nicht nur einfach darum, wissenschaftlichen Laien wissenschaftliche Erkenntnisse zu erklären. In der Politikberatung ist es vielmehr das Ziel, in einer gesellschaftlich und disziplinär heterogenen Gruppe von Akteuren, die unterschiedliche Interessen verfolgen, zur Lösung eines in der Gesellschaft präsenten Problems zu gelangen. Dabei mahnt der WR eine bessere Munitionierung der Wissenschaft mit Daten durch die politischen Akteure an. Keinesfalls dürfen Wissenschaftler zu Politikern werden oder umgekehrt, ebenso darf die Wissenschaft nicht instrumentalisiert werden, um politischen oder medialen Positionen einen wissenschaftlichen und damit seriösen bis unhinterfragbaren Anstrich zu geben.

Leider macht das Papier nicht genügend deutlich, dass solche bereichs- und fachkulturübergreifenden Diskurse weder Einbahnstraßen („Transfer“) sein noch von einem Bereich allein (hier: von der Wissenschaft) geleistet oder verantwortet werden können. Es müssen beide beteiligte Systeme verantwortlich mitwirken. Aufgabe aller Beteiligten ist es, Stil und Intention der Kommunikation auf die Bedürfnisse des jeweiligen Adressaten abzustimmen.

Noch vielschichtiger als die Politikberatung gestaltet sich in Zeiten der Pandemie der Austausch zwischen Wissenschaft und der breiten Öffentlichkeit, welche wissenschaftliche

Erkenntnisse oft selektiv rezipiert und der Wissenschaft in immer breiteren Kreisen skeptisch gegenübersteht. Dem gilt es gegenzusteuern durch Transparenz – durch Aufklärung über die theoriegeleitete Vorgehensweise der Wissenschaft, die Mehrstimmigkeit innerhalb der wissenschaftlichen Zunft, die Vorläufigkeit, Begrenztheit und Revidierbarkeit von Erkenntnis, die Zwangsläufigkeit, mit der jede Aussage neue Fragestellungen und Zweifel generiert. Um einen solchen (notwendigerweise reziproken) Austausch mit der Laienöffentlichkeit zu leisten, fordert das Papier des WR völlig zu Recht, dass Inhalte der Wissenschaftskommunikation in die Ausbildung unserer Akademiker integriert werden müssen.

Während auch dieses Petitum in dem Papier des WR überzeugend aufgegriffen wird, kommt ein entscheidender Aspekt, der für das Gelingen jeder Kommunikation konstitutiv ist, jedoch nicht zum Ausdruck, nämlich der der Sprache. Die innerwissenschaftliche Kommunikation in vielen (gerade naturwissenschaftlichen) Disziplinen erfolgt heute oft ausnahmslos und ausschließlich auf Englisch, inzwischen sogar bis hin zur grundständigen akademischen Lehre; landessprachliche Terminologien werden hier gar nicht mehr entwickelt. Gerade die Corona-Krise hat überdeutlich gemacht, dass der Dialog zwischen Wissenschaft einerseits und Öffentlichkeit bzw. Politik andererseits disziplinübergreifend geführt werden und ethische, kulturelle sowie juristische Implikationen mitbedenken muss. Das kann schlechterdings nur in der Landessprache gelingen.

Wenn die Wissenschaftler bereits in ihrer Ausbildung an das Thema Wissenschaftskommunikation herangeführt werden sollen, wie es das Papier des WR völlig berechtigt fordert, dürfen Hochschulen und Forschungseinrichtungen deutschsprachige Lehrangebote nicht vernachlässigen. Wie, wenn nicht in der Landessprache, soll die Wissenschaft sich mit der Öffentlichkeit, Politik oder Verwaltung austauschen über ihre Vorgehensweise, ihre Fragestellungen, Ergebnisse und Vorhersagen? Die Kommunikationsstränge zwischen den verschiedenen Bereichen (um nicht zu sagen Kulturen) sind schon aufgrund der unterschiedlichen Begrifflichkeiten, Ziele, Logiken, Fachvokabulare anspruchsvoll bis schwierig. Wenn die Wissenschaft sich noch weiter in eine rein englischsprachliche „Parallelwelt“ jenseits der Allgemeingesellschaft zurückzieht, würde das die in erschreckender Weise sich ausbreitende Wissenschaftsskepsis eher befördern.

<https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/8834-21.pdf?blob=publicationFile&v=15>